

Presseerklärung des Sozialdienst katholischer Frauen, Landesstelle Bayern e.V.

Repressive Maßnahmen verschärfen das Problem, sie sind keine Lösung

Am 19. Juli 2006 beschloss die Bayerische Staatsregierung im Rahmen der Änderung des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes notorischen Schulstörern die Schulzeit um ein Jahr zu verkürzen.

Der Sozialdienst katholischer Frauen als Fachverband der Kinder- und Jugendhilfe betrachtet diesen Beschluss mit großer Sorge. Nach der Bayerischen Verfassung hat die Schule eine verfassungsgemäße Aufgabe. Der darin beschriebene Bildungs- und Erziehungsauftrag gilt selbst für schwierige Kinder und Jugendliche.

Die Problemlage ist uns sehr wohl bewusst, allerdings ist die Entlassung in die Perspektivlosigkeit nicht nur keine Lösung, sondern eine Problemverschärfung. Nicht zuletzt, weil es bereits jetzt zu viele Schüler gibt, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen und somit von jeglicher Art von Bildung und beruflicher Qualifikation ausgeschlossen werden.

Es ist davon auszugehen, dass sich das schwierige Verhalten dieser Kinder- und Jugendlichen über einen längeren Zeitraum entwickelt. Daher fordern wir statt Ausgrenzung eine frühzeitige Intervention auf der Basis von vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Schule, Elternhaus und Jugendhilfe sowie gezielte Investitionen in die personelle und strukturelle Ausstattung statt repressiver Maßnahmen.

Der Sozialdienst katholischer Frauen ist aus seinem traditionellen Engagement heraus für das Wohl von Kindern und Jugendlichen immer bereit an einer Problemlösung mitzuwirken, allerdings erteilt er den beschlossenen Maßnahmen zu Lasten von Kindern und Jugendlichen eine klare Absage.

München, 21. Juli 2006



Margarete Richardi
Vorsitzende